Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtrag- 15 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 293 — 89. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 17. Dezember 1930

Bedrängtes Deutschtum.

Eine zweite Note über die Deutschenverfolgungen in Polen ist von der Reichsregierung veröffentlicht worden; wieder sind zahlreiche Fälle aufgeführt, erhält die Genfer Völkerbundversammlung für die kommende Tagung ein mehr wie reichliches Material vorgelegt. Die möglichst gründliche Vorbereitung zu dieser Tagung im nächsten Monat steht ganz im Mittelpunkt der augenblicklichen außenpolitischen Arbeit und auch die jetzige Reise des Außenministers nach Ostpreußen dient diesem Zweck —, eine Reise nach der deutschen „Insel", die fast rings von Polen umschlossen ist. Nur in Nordost sitzt der Litauer vor den Toren Tilsits, und man braucht auch hier nur das Wort „Memelland" auszusprechen, um daran zu erinnern, daß auch von dort her das bedrängte Deutschtum zum Reich hinüberblickt. Daß auch dort der Völkerbund eingreifen soll und daß auf die letzten Beschwerden hin gerade Dr. Curtius bei seinem letzten Aufenthalt in Genf Zusicherungen von litauischer Seite erhielt, die — nur zum geringsten Teil gehalten wurden. Nach wie vor ist das Memelland in größter Gefahr, die letzten Reste seiner feierlich verbrieften Rechte zu verlieren und tatsächlich ein Bestandteil „Groß-Litauens" zu werden.

Bei der Fahrt durch den „Korridor" wird der Minister ja selbst gesehen haben, welche Anstrengungen auch wirtschaftlicher Art Polen gemacht hat, um sich den Besitz dieses uns entrissenen Gebietes zu sichern. Und wie hierbei systematisch das Ziel verfolgt wird, dem Freistaat Danzig die Luft zum Atmen zu nehmen, bis er sich unfreiwillig, aber aus Gründen der wirtschaftlichen Selbsterhaltung, dem Polnischen Staat anschließt. Der ständig sich verstärkende Druck auf die Kehle Danzigs heißt Gdingen, und die Umgehungsbahn für die Transporte aus dem polnischen Hinterland bis hinauf ins oberschlesische Kohlenrevier ist von ihrer Fertigstellung nicht mehr weit entfernt. Französisches Kapital hat dabei einen großen Teil der Baukosten gedeckt, hat auch die Leitung der Bahn in Händen, und so liegt ein ganz bestimmter wirtschaftlicher — neben dem politischen — Sinn in dem Wort des französischen Abgeordneten Franklin-Bouillon, daß die Weichsel es sei, an der Frankreich seine Ostgrenze zu verteidigen habe.

Dr. Curtius als früherer Wirtschaftsminister dürfte sein besonderes Augenmerk nicht zuletzt auf diese Strukturänderungen in unserem gefährdeten Ostgebiete richten. Deutschland und das Deutschtum sind hier ganz in die Verteidigung gedrängt, die eben so ungeheuer schwierig ist, weil die Gegenseite gar nicht daran denkt, in ihren Beziehungen zu Deutschland nur nüchtern-wirtschaftliche Erwägungen geltend zu machen. Gerade Dr. Curtius, der starken und vielen Widerständen entgegen schon seit seiner ganzen Ministerzeit einen wirtschaftlichen Ausgleich mit Polen erstrebt, sich für das Liquidationsabkommen ebensosehr einsetzte wie für den Handelsvertrag, steht heute vor der Tatsache, daß gerade er eine Auseinandersetzung mit Polen vorbereiten und in Genf durchführen muß, die an Schärfe und Deutlichkeit wenigstens auf deutscher Seite wohl alles übertreffen wird, was in dieser Beziehung bisher vor den Völkerbund durch die deutschen Vertreter vorgebracht worden ist. Um sich über die Dinge, die hier in Frage kommen, so nahe und so eingehend wie möglich sozusagen aus eigenem Augenschein zu unterrichten, ist ja doch ebenso der Zweck der Reise des Außenministers nach Königsberg wie später der nach Oberschlesien.

Dort scheint übrigens der Präsident der Gemischten deutsch-polnischen Kommission, der Schweizer Calonder, einige Arbeit geleistet zu haben, — nur hat selbst sein Auftreten und schließlich auch sein Besuch beim polnischen Außenminister in Warschau nicht genügt, um die antideutsche Haltung des Woiwoden Graszynski irgendwie zu ändern. Nichts ist auch abgestellt worden hinsichtlich der Hauptbeschwerden in den deutschen Noten an den Völkerbund, daß man vielen Zehntausenden von Deutschen in Polen das Wahlrecht nahm und daß sich auch sonst ihre tatsächliche Rechtlosigkeit besserte. Natürlich hält man sich in Polen jetzt etwas zurück von direkten Gewalttaten den dortigen Deutschen gegenüber; man nimmt doch einige Rücksicht darauf, daß in Genf diese Dinge zur Sprache kommen müssen. Denn der wirkliche Gefahrenpunkt für den Frieden Europas liegt an der Weichsel. Wir Deutsche haben es ja hören dürfen, daß dort neben dem Polen in noch schwererer Rüstung der Franzose steht. Wir wissen aber auch und die Welt soll es erfahren, daß Deutschland nichts anderes vom Völkerbund verlangt als den primitivsten Rechtsschutz für seine Volksgenossen jenseits einer Grenze, die nicht ein Friedens-, sondern ein Kriegsdiktat gezogen hat.

Die Reise des verantwortlichen Ministers in die Grenzgebiete ist auch mit ein Zeichen dafür, daß die Entscheidung in Genf für Deutschland von großer Bedeutung sein wird und daß unsere Delegation zur Tagung des Völkerbundrates in genügend starker Rüstung erscheinen soll.

Abonnieren Sie das Wilsdruffer Tageblatt

Die Notsteuern vor dem sächsischen Landtag

Sächsischer Landtag.

(19. Sitzung.) Dresden, 16. Dezember.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet die zweite Beratung über die Notverordnungen der Regierung, die Stempel- und Grundsteuer betreffend. Diese Notverordnungen findet Annahme.

Minister des Innern Richter legt hierauf den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf über die Aufhebung der

Gemeindesteuernotverordnungen

vor. Nach den Beschlüssen des Rechtsausschusses sei anzunehmen gewesen, daß die Gemeindesteuernotverordnung abgelehnt würde. Deshalb habe die Regierung die Neuregelung in Vorschlag gebracht.

Bei dem Erlaß der Gemeindesteuernotverordnung kam es der Regierung lediglich darauf an, die Gemeinden und Bezirksverbände in den Stand zu setzen, ihren Unterstützungsverpflichtungen gegenüber der großen Menge von Hilfsbedürftigen nachkommen zu können. Nun bringt die Dezemberverordnung des Reichspräsidenten nicht unwesentliche Abänderungen der Julverordnung u. a. insofern, als die Bürgersteuer ihre erschöpfende Regelung durch das Reichsrecht gefunden hat, den Gemeinden vom 1. Januar 1930 ab ein Zuschlagsrecht zu der bisherigen Gemeindebiersteuer eingeräumt und vorgeschrieben wurde, daß nicht wie früher entweder die Gemeindebiersteuer oder die Bürgersteuer erhoben werden muß, sondern nunmehr beide Steuern erhoben werden müssen. Deshalb erscheint es nunmehr der Regierung zweckmäßig,

die Gemeindesteuernotverordnung mit alsbaldiger Wirkung aufzuheben

und durch eine gesetzliche Regelung zu ersetzen. Es wird vorgeschlagen, die Biersteuer nach den Sätzen der Julverordnung des Reichspräsidenten noch bis Ende des Rechnungsjahres für alle Gemeinden beizubehalten. Für die Bürgersteuer bedarf es keiner besonderen landesrechtlichen Regelung mehr. Hinsichtlich der

Getränkesteuer

hat die Regierung beim Reichsminister der Finanzen beantragt, diese vom 1. Januar 1931 ab

auf Wein, weinähnliche und weinhaltige Getränke, Schaumwein, schaumweinähnliche Getränke und Trinkbranntwein

zu beschränken. Der Regierung glaubt, damit den Wünschen des Rechtsausschusses Rechnung getragen zu haben.

Abg. Dr. Bünger (DVP.): Den von der Regierung nunmehr eingeschlagenen Weg sei seine Fraktion bereit mitzugehen. Er bitte um Rückverweisung an den Rechtsausschuß.

Abg. Wehner (Kom.) teilt mit, daß seine Fraktion sämtliche Notverordnungen ablehne, weil durch sie die faschistische Diktatur vorbereitet werden solle. Zur Durchführung der Notverordnungen würde der schärfste Polizeiterror nötig sein. (Als der Redner sich in diesem Zusammenhang scharf gegen politische Maßnahmen wendet, wird er vom Vizepräsidenten D. Hickmann wiederholt ermahnt, bei der Sache zu bleiben. Als der Redner weiterspricht und auch die Anordnung des Vizepräsidenten kritisiert, wird ihm nach zwei Ordnungsrufen das Wort entzogen.) Sie haben mir ja nur das Wort entzogen, weil Sie fürchten, daß durch meine folgenden Worte das Volk aufgeklärt würde. Sie wollen den Polizeiknüppel durch die Mittel der Geschäftsordnung unterstützen!

Abg. Tögel (DN.): Mit den hier vorgeschlagenen Mitteln werde man die Not der Gemeinden nicht beheben. Seitdem der Marxismus seine Domäne in den Gemeinden habe, seien die Finanzen der Gemeinden zerrüttet worden. Wenn man mit der Erhebung von Steuern so weit gehe, wie jetzt bei uns, dann müsse vor allem größte Sparsamkeit geübt werden.

In Dresden aber seien viele Millionen ausgegeben worden, die nicht unbedingt nötig waren.

Der Wohlstand des einzelnen Bürgers sei ebenso wichtig, wie der Wohlstand der Gemeinden.

Abg. Dr. Wilhelm (Wi.-P.) ist der Meinung, daß die Regierung formell nicht zum Erlaß der Notverordnungen berechtigt gewesen sei. Das Spiel mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung sei gefährlich.

Minister des Innern Richter legte namens der Regierung gegen den Vorwurf, sie habe verfassungswidrig gehandelt, mit allem Nachdruck Verwahrung ein. Nach der Verfassung könne die Staatsregierung während der Landtag nicht versammelt sei, eine durch eine besondere Notlage veranlaßte Verordnung erlassen.

Abg. Bretschneider (Dem.) widerspricht den Darlegungen des deutschnationalen Redners. Aber auch seine Partei sehe in den Notverordnungen kein Ideal.

Abg. Renner (Kom.): fordert zum Steuerstreik und allgemeinen Aufstand auf. (Wegen der letzten Aufforderung wird er zweimal zur Ordnung gerufen.)

Abg. Edel (Soz.) begründet die Stellungnahme seiner Partei. und wendet sich scharf gegen die Nationalsozialisten.

Abg. Studentkowsky (Nat.-Soz.): Auch seine Freunde seien der Meinung, daß die Gemeindesteuernotverordnung nur unter politischem Gesichtswinkel betrachtet werden könne. Sie hielten sich für zu schade, der sozialdemokratischen Bankerottpolitik auf die Beine zu helfen. Der Redner rechnet dann mit den Kommunisten ab. (Von kommunistischer Seite fallen wiederholt beleidigende Ausdrücke, die vom Präsidenten durch Ordnungsrufe geahndet werden.) Seine Partei lehne die Gemeindesteuernotverordnung ab, weil sie nur die Durchführung der Tributzahlungen ermöglichen sollten.

Nach weiterer kurzer Debatte, an der sich die Abgg. Sindermann (Kom.), Wallner (Volksr.), Dr. Bünger (DVP.) und Dr. Kastner (Dem.) beteiligen, **wird beschlossen, die Notverordnung über Bier-, Bürger- und Getränkesteuer an den Rechtsausschuß zurückzuverweisen. Dagegen stimmen die Deutschnationalen, Wirtschaftspartei, Nationalsozialisten, Volksrechtpartei und Kommunisten.**

An den Rechtsausschuß geht auch die neue Vorlage der Regierung zur Getränkesteuer.

Sodann gelangt ein kommunistischer Antrag auf Bereitstellung von Mitteln für außerordentliche

Winterhilfs- und Notstandsmaßnahmen

zur weiteren Beratung. Der Rechtsausschuß hat sich mit dem Antrag beschäftigt und beantragt durch seinen Berichterstatter Abg. Siegel (Kom.) seine Annahme in abgeänderter Form.

Als Parteiredner tritt Abg. Siegel (Kom.) für Wiederherstellung des ursprünglichen kommunistischen Antrags ein.

Abg. Claus (Dem.): Seine Partei werde dafür eintreten, bei der Durchführung der Maßnahmen zur Unterstützung der Erwerbslosen, besonders die Schulspeisungen und die Milchzuwendungen an die Kinder der Erwerbslosen usw. zu berücksichtigen sowie die Strom- und Gasschulden nach Möglichkeit zu erlassen.

Abg. Dieckmann (DVP.) erhebt die gleichen Forderungen und verlangt, auf die Gemeinden und die Sächsischen Werke mit allen Mitteln einzuwirken, daß die

Gas- und Strompreise unverzüglich gesenkt

werden.

Abg. Dr. Wallner (Volksr.-P.) empfiehlt die Annahme eines Abänderungsantrages seiner Partei.

Für die Sozialdemokraten erklärt Frau Abg. Schlag, daß die zehn Millionen Mark zur Tilgung der Not sicherlich nicht ausreichen könnten. Die Kommunisten hätten lediglich die Anträge gestellt, um Gründe zu finden, gegen die Sozialdemokratie vorgehen zu können.

Abg. Schreiber (Natsoz.) gibt dem Marxismus die Schuld, daß Millionen Deutscher erwerbslos auf der Straße liegen.

In der sich anschließenden Abstimmung wurde der Antrag angenommen:

Die Regierung zu beauftragen, zehn Millionen Mark für außerordentliche Winterhilfs- und Notstandsmaßnahmen den Bezirksfürsorgeverbänden und Gemeinden zur Verfügung zu stellen.

Weiter wurden angenommen folgende Anträge:

1. Die Kinder der Erwerbslosen, Fürsorgeunterstützungsempfänger und Sozialrentner durch Schulkinderspeisungen und Milchzulagen zu unterstützen;

2. Die Regierung zu beauftragen, bei der Durchführung der Maßnahmen zur Unterstützung der Erwerbslosen besonders die Schulspeisungen und die Milchzuwendungen an die Kinder der Erwerbslosen usw. zu berücksichtigen;

3. Die Errichtung von Wärmestuben und Aufenthaltsräume für Erwerbslose zu fördern und den Gemeinden einen Zuschuß zu zahlen;

4. Mit den Gemeinden in Verhandlungen darüber einzutreten, daß für die obengenannten Gruppen die Strom- und Gasschulden nach Möglichkeit erlassen werden, der Strompreis sowie der Gaspreis für Erwerbslose gesenkt wird, auf die Gemeinden und die Sächsischen Werke mit allen Mitteln einzuwirken, daß die Gas- und Strompreise unverzüglich gesenkt werden.

5. Den Fürsorgestellen die finanzielle Möglichkeit zu geben, daß die von den mittellosen Antragstellern eingereichten Gesuche um unentgeltliche Lieferung von Kleidung, Schuhwerk usw. erfüllt werden können.

Ebenso wurde angenommen der Antrag der Volksrechtpartei: Alle Erwerbslosen und Sozialrentner sowie alle von der Fürsorge betreuten Unterstützungsempfänger erhalten je nach der sozialen Notlage eine einmalige Notstandsbeihilfe bis zu 40 Mark und jedes unterhaltungsberechtigte Familienmitglied bis zu zehn Mark.

Zum Schluß begründet Abg. Tögel (DN.) einen Antrag über

die finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinden und Bezirksverbände

durch das katastrophale Anwachsen der Wohlfahrtserwerbslosen.

Innenminister Richter erklärt zu dem Antrage, daß der Regierung die Notlage der Gemeinden und Bezirksverbände wohl bekannt ist und daß sie, soweit ihr die Möglichkeit gegeben ist, alles tun wird, Mittel zur Linderung dieser Not flüssig zu machen. Die Regierung muß jedoch erst die Vorschläge des Landtags und des Reiches abwarten, wie weit in dem neuen Haushalt für diesen Zweck Gelder zur Verfügung gestellt werden.

Nach kurzer Debatte wird der Antrag angenommen, die Regierung zu ersuchen, in Erwägung darüber einzutreten, in welcher Weise diesem Notstand der Gemeinden und Bezirksverbände abgeholfen werden kann und dem Landtag hierüber Vorschläge zu machen. — Ebenso werden eine Reihe von Zusatzanträgen auf Vorschlag der Deutschnationalen angenommen.

Die nächste Sitzung wurde auf Donnerstag den 18. Dezember 11 Uhr vormittags anberaumt. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Antrag der SPD. wegen Auslegung des Staatsvertrages vom 4. Mai 1920, den Übergang der Sächsischen Staatseisenbahn auf das Reich; 2. Antrag der KPD. betr. die Kurzarbeiterunterstützung; 3. Antrag der KPD. wegen Verbesserungen bei Durchführung der Stempelkontrolle und Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung; 4. Antrag der SPD. die Bereitstellung der Mietzinssteuer für den Wohnungsbau in der bisherigen Höhe betreffend.

Die Weihnachtsferien des Sächsischen Landtags.

Der Landtagsvorstand hat beschlossen, am Donnerstag dieser Woche die letzte Sitzung vor den Weihnachtsferien stattfinden zu lassen. Die nächste Sitzung findet dann am 13. Januar 1931 statt. Der Haushaltplan von 1930 wird in zweiter Lesung erst anno 1931 verabschiedet werden.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF